

„Die USA müssen wieder wohlwollende Vormacht werden“

Der Historiker Detlef Junker zu den D-Day-Gedenkfeierlichkeiten und der Entfremdung zwischen Europa und Amerika

Der D-Day soll nach dem Wunsch der Regierungen nicht länger als „vergangenheitspolitischer Keil“ zwischen den früheren Kriegsgegnern stehen. So interpretiert der Heidelberger Historiker Detlef Junker die Gedenkfeiern mit Gerhard Schröder. Bis zur Überwindung des transatlantischen Kluft aber ist es noch ein langer Weg, meint der USA-Experte im Gespräch mit Michael Weißenborn.

Was bedeutet der D-Day für die Beziehungen zwischen Europa und Amerika heute?

Schröder wurde, anders als Kohl vor zehn Jahren, eingeladen. Offensichtlich halten das sowohl Chirac als auch Bush für nötig. Ich vermute, weil Chirac ohnehin und jetzt auch Bush wegen der Lage im Irak die Deutschen brauchen. Der Kanzler wird sagen, dass der D-Day auch der Beginn der Befreiung Deutschlands gewesen sei. Das wird seine neue vergangenheitspolitische Linie sein. Dann können alle Beteiligten gemäß dieser neuen gemeineuropäischen oder gar transatlantischen Interpretation der Befreiung diesen Tag feiern. Nur, ob sich diese Variante der D-Day-Interpretation in Frankreich oder den Niederlanden durchsetzen wird, das weiß ich nicht.

Ist es denn überhaupt noch bedeutsam, dass zum ersten Mal ein deutscher Kanzler in die Normandie reist?

Ich glaube, es ist nicht mehr so bedeutsam wie die Ablehnung vor zehn Jahren. Aber offensichtlich soll der D-Day nicht mehr als ein vergangenheitspolitischer Keil zwischen Alliierten empfunden werden, denn sonst machte man das ja nicht.

Trotzdem könnte die Kluft zwischen Amerika und den meisten Europäern im Augenblick größer kaum größer sein. Warum ist das so?

Das liegt an den bis vor kurzem betriebenen außenpolitischen Alleingängen der USA. Den Europäern genügten die Gründe für den Irakkrieg, die sich auch als falsch herausstellten, nicht. Außerdem haben die Amerikaner, ob das nun das Kyoto-Protokoll, die Menschenrechte oder zuletzt die Unterstützung für Sharon anlangt, die Europäer vor vollendete Tatsachen gestellt. Dies hat, wie die Umfragen zeigen, zu einem enormen Ansehensverlust geführt der USA nicht nur in der Welt allgemein, sondern auch in Europa geführt. Während des gesamten Kalten Krieges haben, selbst in Zeiten der Krise, immer etwa 50 Prozent und mehr der bundesdeutschen die USA für den wichtigsten Verbündeten gehalten. Das ist jetzt drastisch zusammengeschmolzen. Umgekehrt gibt es auch in den USA einen Ansehensverfall Europas, zumindest unter den Anhängern Bushs.

Liegt diese Entfremdung nur an Bush oder gibt es tiefere, strukturelle Gründe?

Die so genannten Neokonservativen und auch Rumsfeld haben in aller Öffentlichkeit eine unilaterale Pax americana entworfen und auch den bewussten Versuch unternommen, diese Vorherrschaft auf einen immer größer werdenden militärischen Vorsprung der USA zu stützen. Die USA haben alle großen weltpolitischen Entscheidungen alleine gefällt – bis vor kurzem. Jetzt erst, nachdem der ganze Schlamassel im Irak entstanden ist, versucht Bush wieder eine Annäherung an die UN, die Nato und die Europäer, natürlich in der Hoffnung, dass ihm noch vor der Wahl irgendwie geholfen wird. Wie weit das geschieht, ist aber eine

ganz andere Frage. Grundsätzlich gilt: Aus der Tatsache, dass die Amerikaner die weltweiten Sicherheitsstrukturen aufrechterhalten und die Europäer weltpolitisch machtlos sind, entwickelt sich eine Arroganz der Macht, der auf europäischer Seite eine Arroganz der Ohnmacht gegenüber steht.

Es ist ja viel die Rede von gemeinsamen Interessen gerade im erweiterten Mittleren Osten. Aber zeigt sich nicht gerade dort die unterschiedliche Herangehensweise?

Alle haben sich zumindest verbal auf den internationalen Friedensplan, die Roadmap, geeinigt. Da facta aber ist Bush mit der wichtigsten Entscheidung, nämlich der Unterstützung Scharons, einseitig vorgeprescht. Natürlich haben alle ein gemeinsames Interesse an einem stabilen Mittleren Osten und an einem Frieden in Palästina. Bisher aber hat man keine gemeinsame Politik gemacht. Cheney, Rumsfeld und Co. Hatten ja die Illusion einer Neuordnung des Nahen Ostens im Alleingang. Nun zeigt sich aber, dass das nicht funktioniert.

Wie könnte man das westliche Bündnis wiederbeleben?

Die USA müssen zur Rolle der wohlwollenden Vormacht zurückkehren, die sie im Westen während des Kalten Krieges innehatten. Sie müssen bei ihren Entscheidungen auf die Interessen und Gefühlslagen potenzieller Alliiierter Rücksicht nehmen und ihre Alleingänge beenden. Die Europäer andererseits müssen so etwas wie eine außen- oder verteidigungspolitische Identität finden. Dann kann es wieder zu einer gemeinsamen Politik kommen. Europäer und Amerikaner müssen sich also beide aufeinander zu bewegen. Erste bescheidenen Ansätze gibt es ja: das Treffen Bushs mit Schröder und die Arbeit an einer gemeinsamen UN-Resolution für den Irak.

Freitag, 4. Juni 2004 Stuttgarter Zeitung Nr. 127

BU Junker plädiert für Verständigung Foto: HCA